

Für Wirtschaft und Vaterland : Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928-1947 [Christian Werner]

Autor(en): **Dejung, Christof**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **8 (2001)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



collective éclatée; ou mettre en place des institutions respectées de tous et organisant une cohabitation dépassionnée. Ces structures, étatiques ou privées, sont rarement neutres mais représentent souvent des groupes d'intérêt. C'est pourquoi ce sont généralement les mêmes organismes qui pacifient et enveniment les choses, selon les circonstances. Reste que leur action est moindre dans les sociétés sortant d'un traumatisme; son souvenir semblant inciter la population à plus de tolérance et de modération. Sur la base de ces constatations, l'auteur propose plusieurs solutions pratiques, largement inspirées par les réflexions de Danièle Hervieu-Léger: la médiation impérative, la médiation pragmatique et la médiation dialogique. Les deux premières désignent des modes d'intervention conciliatrices *ad extra* et *ad intra*. La troisième vise à créer une entente dans la «reformulation» des mémoires collectives respectives. Ces procédés, et surtout le dernier, semblent ouvrir des perspectives prometteuses, même si, comme le déplore Peter L. Berger, elles paraissent difficilement applicables au contexte international.

En fait, s'il fallait vraiment regretter quelque chose, on pourrait commencer par se demander si l'angle d'approche, voire le message, qui sous-tend la plupart des articles ne contribue pas à fausser certaines conclusions. Il est ainsi étrange d'apprendre que les contrées où se profile une réelle césure religieuse sont les Etats-Unis et la France! Cette réflexion pose la question de la pertinence des cas choisis. Pourquoi avoir écarté l'examen des pays qui fondèrent l'étude de la *conflict resolution*, tels que les Pays-Bas (brièvement mentionnés), l'Autriche et la Suisse? L'analyse des conditions d'entente helvétique aurait, en outre, illustré un phénomène récurrent et pourtant peu mis en valeur: à savoir la tentation de régler les problèmes en les reléguant dans

la sphère privée. Enfin, il aurait sans doute été intéressant d'explorer plus avant la piste ouverte par Hervieu-Léger, en donnant une place accrue aux historiens. Par contre, l'accent mis sur les conflits civils est ici aussi compréhensible que souhaitable; notre époque étant toujours plus dominée par les guerres fratricides. A cet égard, et grâce à une forme qui permet de rationaliser la richesse du fond, ce livre respecte son ambition de départ: il s'agit bel et bien d'un ouvrage utile.

Irène Herrmann (Genève)

**CHRISTIAN WERNER
FÜR WIRTSCHAFT UND VATERLAND
ERNEUERUNGSBEWEGUNGEN UND
BÜRGERLICHE INTERESSEGRUPPEN
IN DER DEUTSCHSCHWEIZ
1928–1947**

CHRONOS, ZÜRICH 2000, 440 S., FR. 68.–

In der Zwischenkriegszeit lassen sich zwei Entwicklungsstränge beobachten, die für das Thema dieser Arbeit relevant sind. Einerseits kamen reaktionäre Strömungen auf, die in der Erneuerungsdiskussion der 1930er-Jahre gipfelten; andererseits formierten sich auf Seiten der Wirtschaft neue Formen des Lobbyismus, die zur Entstehung von wirtschaftspolitischen Pressuregroups führten. Die damals entstehenden politischen Kommunikations- und Propagandastrategien wurden zu einem wichtigen Teil von denjenigen Personen getragen, die auch im Umfeld der Erneuerungsbewegungen eine wichtige Rolle spielten.

Christian Werner zeigt in seiner Dissertation, wie in verschiedenen dieser Pressuregroups sehr widersprüchliche Elemente vereinigt waren: Manchesterliberalismus und Antimaterialismus, Antietatismus und Glaube an einen autoritären Staat, Anpassung an das «neue

Europa» und Entschlossenheit zum militärischen Widerstand. Der viel beschworene Bürgerblock war in der Zwischenkriegszeit alles andere als ein geschlossenes Ganzes. In weiten Kreisen des Bürgertums waren reaktionäre Ideen äusserst populär: der moderne Staat, die Errungenschaften der Französischen Revolution, der Parlamentarismus wurden abgelehnt, der Antisemitismus war salonfähig. Auch in den wirtschaftlichen Pressuregroups wie dem Bund für Volk und Heimat, dem Redressement National oder dem Bund der Subventionslosen waren solche Ideen weit verbreitet. Gleichzeitig verhinderten diese Gruppierungen ein vollständiges Abgleiten des rechten politischen Spektrums in den Faschismus. So stand der schweizerische Föderalismus, der in diesen Vereinigungen mit fast religiösem Eifer beschworen wurde, in krassem Gegensatz zu den zentralistischen Staatsgebilden in Deutschland und Italien. Rechtsbürgerliche Exponenten distanzieren sich deshalb – laut Werner – in der Regel vom Faschismus und Nationalsozialismus – was sie aber nicht daran hinderte, offen Beifall zu klatschen, wenn Faschisten und Nationalsozialisten gegen den verhassten Bolschewismus vorgingen.

Die Pressuregroups entwickelten in den 1930er- und 40er-Jahren professionelle Konzepte, um die Öffentlichkeit aufzuklären beziehungsweise zu beeinflussen. Mit Broschüren, politischen Inseraten, der Gründung der Schweizerischen Mittelpresse als bürgerliche Presseagentur oder der Organisation von Referatskursen brachten sie ihre Ideen unter das Volk. Gleichzeitig bauten sie ein personelles Beziehungsnetz aus, über das sie auf Parlament und vorberatende Kommissionen Einfluss nehmen konnten.

Werners Arbeit ist sehr detailliert und informativ und beruht auf einem langjährigen Quellenstudium im Archiv für Zeit-

geschichte und dem Archiv des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Konzeptionell bleiben allerdings einige Unklarheiten. So bleibt beispielsweise die Verwendung des Konzepts des «Korporatismus» ziemlich diffus. Werner stützt sich in seiner Arbeit auf den Ansatz von Charles S. Maier, wonach es in Europa in den 1920er-Jahren zu einer Aufhebung des Dualismus von Staat und Wirtschaft gekommen sei. Während die Parlamente in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg an Einfluss verloren, gewannen ausserparlamentarische Institutionen zunehmend an Einfluss, weshalb wichtige sozialpolitische Entscheide ausserhalb der Parlamente getroffen wurden. Für die Zwischenkriegszeit können dabei drei Hauptrichtungen korporatistischen Denkens unterschieden werden: eine ständestaatlich-ideologische, eine faschistische-herrschaftsstrategische und eine technokratisch-politökonomische Richtung. Welche dieser drei Richtungen gemeint ist, wenn Werner von Korporatismus spricht, beziehungsweise ob er sich durchweg auf eine dieser drei Richtungen bezieht und nicht manchmal ein eigenes, nicht näher erläutertes Korporatismuskonzept im Kopf hat, ist nicht immer ganz klar. Auch ist unklar, weshalb sich in der Schweiz ab Mitte der 1930er-Jahre mit dem Friedensabkommen, der Gründung der AHV oder der Einführung der Zauberformel schrittweise ein System der korporativen Interessen durchsetzte. Geschah dies wegen der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber? Hatte es etwas mit dem nationalen Konsens der Geistigen Landesverteidigung zu tun? Oder war das eine vorbeugende Massnahme, um der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen? Und schliesslich wäre es für die Arbeit ein Gewinn gewesen, wenn noch einige weitreichendere theoretische Überlegungen darüber angestellt worden wä-



ren, welche Rolle die politische Kommunikation in einer Gesellschaft spielt, in der die sozialen Milieus mehr und mehr durch eine mediatisierte Öffentlichkeit abgelöst wurden.

Trotz dieser Einwände stellt die Studie von Werner eine umfassende Abhandlung zu den politischen Haltungen und den personellen Netzwerken der verschiedenen bürgerlichen Interessengruppen in der Schweiz zwischen 1928 und 1947 dar. Schade ist aber, dass die Arbeit oft recht langatmig geschrieben ist und der rote Faden der Argumentation auf Grund der grossen Menge von untersuchten Quellen oft verloren geht – ein Grundübel vieler historischer Studien. Dabei böten sich gerade bei diesem Thema viele Ansatzpunkte, ein spannendes, lesenswertes und gleichzeitig wissenschaftlich fundiertes Buch zu schreiben. So liessen sich zum Beispiel in der Figur des *Trumpf Buur*-Gründers Robert Eibel biografische Ansätze ideal mit struktur- und mentalitätshistorischen Zugängen verbinden, ein Versuch, der leider von Werner nur ansatzweise verfolgt wird. Dies ist umso bedauerlicher, als das Thema der Arbeit äusserst aktuell ist. Der Autor verweist explizit auf die Parallelen zwischen dem Manchesterliberalismus der 1930er-Jahre und dem Neoliberalismus der Gegenwart. Man würde dem Buch deshalb einen Leserkreis wünschen, der etwas grösser ist als die paar Dutzend Spezialisten, die sich solche Dissertationen normalerweise zu Gemüte führen.

Christof Dejung (Zürich)

CHRISTIAN RUCH
**STRUKTUR UND STRUKTURWANDEL
DES JURASSISCHEN SEPARATISMUS
ZWISCHEN 1974 UND 1994**

BERN, HAUPT, 2001, 600 P., FR. 78.–

Le 1er mars 1970, les électeurs bernois approuvent un additif constitutionnel qui prévoit une cascade de plébiscites pour régler la question jurassienne. Le 23 juin 1974, les districts francophones et catholiques du Jura dit historique (Delémont, Porrentruy et les Franches-Montagnes) décident de former un nouveau canton. Quant aux districts bernois, francophones et protestants (Courtelary, Moutier, La Neuveville) de même que le Laufonnais (catholique mais alémanique), ils confirmeront le 16 mars 1975 leur détermination de demeurer dans le giron bernois. Dès lors et pour les séparatistes, il s'agit de libérer les «frères de la zone occupée [par les alémaniques]» (167).

Christian Ruch examine dans sa thèse la période 1974–1994, en commençant par la décision du Rassemblement jurassien (RJ, principale force séparatiste jurassienne) du 18 mai 1974 de créer un «canton de combat», ce qui marque l'ère moderne du séparatisme. L'article 138 de la Constitution du canton, qui prévoit l'accueil de «toute partie du territoire jurassien... si cette partie s'est régulièrement séparée» sera la traduction juridique du concept «Etat de combat»: elle est aussi, pour l'auteur, une concession du politique à l'idéologique. En 1994, terme de la recherche de Ruch, l'Assemblée interjurassienne (AIJ) se met en place. Elle concrétise la volonté politique de résoudre la question jurassienne par le dialogue. Elle signifie aussi l'abandon officiel de la confrontation: coup dur pour le séparatisme moderne, désavoué par le gouvernement jurassien.

L'auteur présente la lente agonie d'un projet: libérer le jura historique – franco-